

# Neuer Zyklus der Lissabon-Strategie

Soumis par Annette Groth  
01-03-2008

Die Neuauflage des  
neoliberalen "Reformpakets"

Auf der  
Frühjahrstagung des Europäischen Rates im März sollen  
im Rahmen eines "neuen Zyklus der Lissabon-Strategie" weitere  
"Reformen" beschlossen werden. Die Lissabon-Strategie,  
verabschiedet im März 2000, verfolgt das Ziel, die EU bis 2010  
zum "wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten  
Wirtschaftsraum in der Welt" zu machen.

Kritiker  
bezeichnen die Lissabon-Strategie als eine "europäische  
soziale Abrissbirne", die den Konzernen Riesengewinne beschert,  
Arbeitsplätze vernichtet und den Einzelnen nicht nur neue  
Steuerlasten, sondern auch finanzielle "Eigenverantwortung" für  
die Alters- und Gesundheitsversorgung aufbürdet. Arbeitssuchende  
werden in prekäre Beschäftigungsverhältnisse gezwungen  
und es scheint, dass Länder mit den niedrigsten Sozialstandards  
in Europa beispielgebend für andere EU-Mitgliedsstaaten werden.  
Damit "sich Arbeit wieder lohnt", werden europaweit die  
Sozialleistungen bis an den Rand des Existenzminimums gedrückt.  
Mit Hinweis auf die notwendige "Wettbewerbsfähigkeit" in  
Zeiten der Globalisierung wird suggeriert, dass die tendenzielle  
Angleichung der Löhne nach unten die einzige Möglichkeit  
ist, in der Konkurrenz mit den Billiglohnländern bestehen zu  
können.

Mit der  
Einführung von Agenda 2010, Hartz IV, den Mini- und  
Ein-Euro-Jobs, der Rente mit 67, der Gesundheitsreform und der 2002  
beschlossenen Abschaffung der Versteuerung von Gewinnen aus dem  
Verkauf von Unternehmensbeteiligungen, die zum Aufstieg der  
"Heuschrecken" beigetragen haben, hat Berlin die  
Lissabon-Vorgaben sehr gut erfüllt.

Im Dezember 2007  
haben die Regierungschefs der EU-Mitgliedsstaaten einen "neuen  
Zyklus der Lissabon -Strategie" beschlossen. Als Bereiche für  
einen weiteren "Reformbedarf" wird neben dem vielbeschworenen  
"Wettbewerb" und der Vollendung des Binnenmarkts, auch die  
"Modernisierung der öffentlichen Verwaltung" und  
"Flexicurity" genannt. (Tagung des  
Europäischen Rates vom 14. Dezember 2007 in Brüssel,  
Schlussfolgerungen des Vorsitzes, 16616/07, S. 10)

Eine  
"Modernisierung der öffentlichen Verwaltung" wird aller  
Voraussicht nach durch öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP)

in Angriff genommen. Im Rahmen des "neuen Zyklus der Lissabon-Strategie" sollen die öffentlich-privaten Partnerschaften voran getrieben werden, die auch von der EU durch günstige Kredite der Europäischen Investitionsbank (EIB) gefördert werden.

Im April 2007

wurde die Bertelsmann Tochter arvato government services offizieller Partner der Stadt Würzburg für eine Neuausrichtung und Aufgabenverteilung der öffentlichen Verwaltung.  
(Beleg)

Mit diesem ÖPP-Projekt ist arvato erstmalig in den Markt für Dienstleistungen im Bereich der öffentlichen Verwaltung in Deutschland eingestiegen und kann seine Erfahrungen aus Großbritannien verwerten, wo das Unternehmen 2005 die kommunale Verwaltung einer mittelgroßen Stadt mit 325.000 Einwohnern übernommen hatte. In East Riding hat arvato u.a. lokale Steuern eingezogen, Subventionen und Beihilfen ausgezahlt sowie die Lohn- und Gehaltsabrechnungen, das Management der 14 Bürgerbüros und das Bereitstellen der nötigen IT-Infrastruktur übernommen. David Nolan, Vorsitzender der Liberalen Demokraten in East Riding, kritisiert das ÖPP-Projekt als eine "verkleidete Privatisierung" der kommunalen Verwaltung. Um demokratische Mitbestimmung und Kontrolle zu gewährleisten, müssen strategische Entscheidungen wie zum Beispiel Planungsverfahren und Rechtsvorschriften in der öffentlichen Hand bleiben, fordert Nolan. Die Privatisierung öffentlicher Aufgaben, auf die die Bertelsmann-Stiftung EU-weit drängt, hat die Arbeit von arvato erst ermöglicht und ist mittlerweile der profitabelste Bereich des Bertelsmann-Konzerns. (

Seit der Amtszeit von Margaret Thatcher werden in Großbritannien Straßen, Krankenhäuser, Gefängnisse, Altenheime und Sozialwohnungen mit Hilfe der Privatwirtschaft gebaut und unterhalten. 15 bis 25 Prozent der öffentlichen Investitionen werden in Großbritannien für ÖPPs ausgegeben, in Deutschland sind das noch wesentlich weniger, die Bundesregierung strebt allerdings eine ÖPP-Quote von 15 % der öffentlichen Investitionen bis zum Ende des Jahrzehnts an.

Bei den öffentlich-privaten Partnerschaften wird im Gegensatz zu den reinen Privatisierungsgeschäften nichts verkauft, sondern die öffentliche Hand verpflichtet sich, 20 bis 30 Jahre lang für die Nutzung eines Medienhauses, wie z.B. in Mülheim an der Ruhr, Miete zu zahlen oder sie muss für die Verwaltungsaufgaben, die sie an ein Unternehmen auslagert, Gebühren entrichten. Für den Privatisierungsexperten Werner Rügemer ist ÖPP keine "Partnerschaft", sondern eine einseitige Gewinnversicherung für private Unternehmen, die ihre Profite maximieren wollen.

"Flexicurity"  
auf dem Arbeitsmarkt - flexibel und sicher

Neben der  
Neuaufgabe der Lissabon-Strategie nahm der Europäische Rat im  
Dezember 2007 auch den Vorschlag der EU-Kommission für  
"Flexicurity-Grundsätze" an. (Beleg)

2008 sollen in  
allen EU-Mitgliedstaaten Flexicurity-Strategien unter Beteiligung der  
'Sozialpartner' und der Zivilgesellschaft diskutiert und entwickelt  
werden. Die Einbeziehung der 'Sozialpartner' und der  
Zivilgesellschaft ist darum wichtig, weil sie "das Bewusstsein der  
Bürger für die Flexicurity-Maßnahmen und deren  
Bedeutung für die Reform der europäischen Wirtschafts- und  
Sozialmodelle" schärfen, d.h. die Akzeptanz weiterer  
"Reformen" in der Bevölkerung fördern sollen.

Bereits vor der  
EU-Ratentscheidung hat der Bundesrat im September einen Beschluss zur  
Flexicurity gefasst und die Vorteile der Flexicurity-Maßnahmen  
herausgestellt. Flexicurity, eine Wortschöpfung aus den  
englischen Wörtern flexibility (Flexibilität) und security  
(Sicherheit) suggeriert, dass trotz flexibler Arbeitsformen und  
ausgehöhltem Kündigungsschutz eine gewisse Sicherheit auf  
dem Arbeitsmarkt besteht. Laut Bundesratsbeschluss profitieren  
insbesondere "Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber von mobilen und  
flexiblen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Sie können  
schneller auf verschiedene Wirtschaftslagen reagieren und ihre  
Betriebe so im globalen Wettbewerb konkurrenzfähig halten.  
Sowohl Arbeitnehmern als auch Arbeitgebern kommen Maßnahmen  
flexibler Arbeitszeitgestaltung und Qualifizierung zugute." (Bundesrat,  
Drucksache 470/07, 21.9.2007, S.2 )

Die  
Notwendigkeit neuer "Reformen" wird in den meisten EU-Dokumenten  
betont, die Ende 2007 veröffentlicht wurden. Beispielsweise  
bemängelten die Wirtschafts- und Finanzminister der 27  
EU-Mitgliedsländer Anfang Dezember, dass bei den Reformen des  
Arbeitsschutzrechts und der Sozialleistungen "nur begrenzte  
Fortschritte" erzielt wurden. Ihrer Auffassung nach sollten die  
Sozialleistungssysteme mehr Anreize für den Verbleib im  
Erwerbsleben schaffen und die Erhöhung der durchschnittlich  
geleisteten Arbeitsstunden erwogen werden.  
(Beleg,  
S.9)

Statt einer ökonomisch sinnvollen Arbeitszeitverkürzung fassen die Minister also eine weitere Arbeitszeitverlängerung ins Auge.

„Das globale Europa - Eine starke Partnerschaft zur Öffnung der Märkte für europäische Exporteure“

Komplementär zur Lissabon-Agenda ist die neue handelspolitische EU-Strategie „Globales Europa“ zu sehen, die die Regierungschefs auf ihrer Sitzung im Juni 2007 unter dem Titel „Das globale Europa - Eine starke Partnerschaft zur Öffnung der Märkte für europäische Exporteure“ verabschiedeten.

Ungeschminkt enthüllt die EU ihre Pläne zur Steigerung der externen Wettbewerbsfähigkeit: Dazu gehören die Sicherung der Rohstoffversorgung, eine stärkere Präsenz europäischer Unternehmen auf den Wachstumsmärkten, Erschließung und Liberalisierung der lukrativen Märkte für öffentliche Aufträge und letztendlich gesetzgeberische Maßnahmen, die den freien Handel so wenig wie möglich behindern. (Beleg)

Erklärtes Ziel ist die Beseitigung der „nichttarifären Handelshemmnisse“ - das sind u.a. umwelt- und arbeitsrechtliche Standards - sowie die Marktöffnung für die bislang noch weithin geschützten öffentlichen Beschaffungsmärkte. Realisiert werden soll diese Zielvorgabe in allen EU-Verhandlungsmandaten über die Assoziierungsabkommen mit den zentralamerikanischen Staaten sowie mit den Staaten der Andengemeinschaft und über die Freihandelsabkommen mit Indien und Südkorea. Ohne Konsultation zivilgesellschaftlicher Organisationen und ohne Einbezug der Parlamente der EU-Mitgliedstaaten verhandelt der EU-Handelskommissar über die Handelsliberalisierung mit Gütern und Dienstleistungen - auch im Bereich der Daseinsvorsorge- über Regeln zur Investitionsliberalisierung, Wettbewerbsregeln sowie die Liberalisierung der öffentlichen Beschaffungsmärkte auf reziproker Ebene.

Die neue Handelsstrategie berücksichtigt die Wünsche der Bundesregierung, die in ihrem im Juli 2006 veröffentlichten Positionspapier „Globalisierung gestalten: Externe Wettbewerbsfähigkeit der EU steigern - Wachstum und Arbeitsplätze in Europa sichern“ die Öffnung der Beschaffungsmärkte empfahl. „Hauptanliegen der künftigen EU-Handelspolitik...für europäische Dienstleister sollte die Marktzugangsbedingungen in Drittländern, insbesondere den aufstrebenden Schwellenländern“ sein. (Beleg)

Die deutsche

Regierung gilt als neoliberale Vorreiterin in der EU und lässt sich von dem Motto leiten: Was national nicht durchgesetzt werden kann, wird auf der europäischen Ebene durchgezogen. Bei aller Kritik an der EU darf nicht vergessen werden, dass die EU-Kommission ausführendes Organ der EU-Mitgliedsstaaten ist und dass in den verschiedenen EU-Fachräten die jeweiligen Minister der 27 Mitgliedsländer vertreten sind und gemeinsam die &bdquo;Reformpakete" entscheiden.

Mit dem Vertrag

von Lissabon, der den in Frankreich und in den Niederlanden abgelehnten EU-Verfassungsvertrag ersetzt, wird der neoliberale Umbau der westeuropäischen Sozialstaaten zementiert. Der Vertrag von Lissabon gibt der EU mehr Zuständigkeiten in der Migrations- und Flüchtlingspolitik, komplementär zu anderen Richtlinien sollen Überwachungsinstrumente und die polizeiliche Zusammenarbeit auf europäischer Ebene verstärkt werden. Eine zentrale Rolle dabei spielt der &bdquo;grenzüberschreitende Informationsaustausch und der &bdquo;Kampf gegen den Terrorismus". Nicht überraschend, dass die Schwerpunktthemen der EU-Kommission 2008 Migration, die 2008 zu erwartenden &bdquo;Reformen" im Rahmen der neu aufgelegten Lissabon-Strategie und die &bdquo;flexicurity-Maßnahmen" sind.

(Annette

Groth ist Mitglied im Landesvorstand Die LINKE Baden-Württemberg und entwicklungspolitische Referentin der Bundestagsfraktion DIE LINKE. Dieser Artikel erschien in anderer Textfassung zuerst in der Zeitschrift Ossietzky. Veröffentlichung auf z-ac.de mit freundlichem Einverständnis der Autorin.)